

Die Unmenschlichkeit der Grünen Agenda

geschrieben von Chris Frey | 30. April 2023

Das „Nachhaltigkeits“-Regime führt zur Verarmung der Welt.

Joel Kotkin

Der Mensch ist das Maß aller Dinge“, schrieb der griechische Philosoph Protagoras vor über 2.500 Jahren. Leider neigen unsere heutigen Eliten dazu, dies nicht so zu sehen.

In den letzten Jahren hat das überstrapazierte Wort „Nachhaltigkeit“ ein Narrativ gefördert, in dem die menschlichen Bedürfnisse und Bestrebungen gegenüber der grünen Sparsamkeit von Net Zero und „Degrowth“ in den Hintergrund getreten sind. Die herrschenden Klassen des untergehenden Westens sind entschlossen, den Planeten zu retten, indem sie ihre Mitbürger verarmen lassen. Ihre Agenda wird die Welt in den nächsten 30 Jahren voraussichtlich 6 Billionen Dollar pro Jahr [kosten](#). In der Zwischenzeit werden sie massive grüne Subventionen kassieren und wie Potentaten der Renaissance leben.

In *Enemies of Progress* (Feinde des Fortschritts) weist der Autor [Austin Williams](#) darauf hin, dass das „Mantra der Nachhaltigkeit“ von der Annahme ausgeht, dass die „Menschheit das größte Problem des Planeten“ und nicht der „Schöpfer einer besseren Zukunft“ ist. In der Tat sehen viele Klimawissenschaftler und grüne Aktivisten es als eine der wichtigsten [Prioritäten](#) an, weniger Menschen auf dem Planeten zu haben. Ihr Programm fordert nicht nur weniger Menschen und weniger Familien, sondern auch einen geringeren Konsum der Massen. Sie erwarten von uns, dass wir in immer kleineren Wohneinheiten leben, weniger mobil sind und teurere Heizungen und Klimaanlage ertragen müssen. Diese Prioritäten spiegeln sich in einer Regulierungsbürokratie wider, die, wenn sie sich nicht auf Gott beruft, als die [rechte Hand Gaias](#) und der geheiligten Wissenschaft auftritt.

Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Nachhaltigkeit für wen? Die US-Finanzministerin Janet Yellen erklärte kürzlich, ihr Ministerium betrachte den Klimawandel als „die größte wirtschaftliche Chance unserer Zeit“. Für dieselben Wall-Street-Investoren, Tech-Oligarchen und Erben, die die Kampagnen der Klimaaktivisten finanzieren, steckt natürlich viel Gold in Grün. Sie kontrollieren zunehmend auch die Medien. Die Rockefellers, Erben des Standard-Öl-Vermögens, und andere ultra-vermögende Grüne finanzieren derzeit Klimareporter bei Organen wie der Associated Press und dem National Public Radio.

Unter dem neuen Nachhaltigkeitsregime profitieren die Superreichen, aber der Rest von uns nicht so sehr. Das wohl ungeheuerlichste Beispiel ist

die erzwungene Einführung von Elektrofahrzeugen, die bereits dazu beigetragen hat, Elon Musk, CEO von Tesla, zum zweitreichsten Mann der Welt zu machen. Obwohl es Verbesserungen bei den emissionsarmen Fahrzeugen gibt, werden die Verbraucher im Wesentlichen dazu gedrängt, eine Technologie anzunehmen, die eindeutige technische **Probleme** aufweist, nach wie vor viel **teurer** ist als der Verbrennungsmotor und in erster Linie von einem Stromnetz abhängt, das bereits kurz vor einem **Stromausfall** steht. Wie sich herausstellt, erwarten die Umweltschützer nicht, dass die E-Fahrzeuge die Autos des einfachen Volkes ersetzen werden. Nein, die Menschen werden dazu gebracht, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen, zu Fuß zu gehen oder das Fahrrad zu benutzen, um sich fortzubewegen.

Die Umstellung auf Elektroautos ist sicherlich kein Gewinn für die westliche Arbeiter- und Mittelschicht. Aber sie ist ein enormer Segen für China, das einen gewaltigen Vorsprung bei der Produktion von Batterien und Seltenen Erden hat, die für die Herstellung von Elektroautos benötigt werden und die auch in Windturbinen und Solarzellen eine wichtige Rolle spielen. Das von Warren Buffett unterstützte chinesische Unternehmen **BYD** ist zum weltweit führenden Hersteller von Elektrofahrzeugen aufgestiegen und hat große Exportambitionen. Amerikanische EV-Firmen kämpfen unterdessen mit Produktions- und Lieferkettenproblemen, die zum Teil auf den Widerstand der Grünen gegen den heimischen Abbau von Seltenen Erden zurückzuführen sind. Selbst Tesla geht davon aus, dass ein Großteil seines künftigen Wachstums aus seinen chinesischen Fabriken kommen wird.

Der Bau von Autos, die hauptsächlich aus chinesischen Bauteilen bestehen, wird Folgen für die Beschäftigten in den westlichen Ländern haben. Deutschland war einst ein Riese in der Automobilproduktion, aber bis 2030 werden schätzungsweise 400.000 Arbeitsplätze in der Autoproduktion wegfallen. **McKinsey** zufolge könnten in den USA bis zu 30 Prozent der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe wegfallen. Denn wenn die Schlüsselkomponenten anderswo hergestellt werden, werden weit weniger Arbeitskräfte in den USA und Europa benötigt. Es ist keine Überraschung, dass einige europäische **Politiker** aus Angst vor einer Gegenreaktion der Bevölkerung die Entwicklung der Elektroautos bremsen wollen.

Diese Dynamik findet sich in der gesamten Nachhaltigkeitsagenda wieder. Die steigenden Energiekosten im Westen haben dazu beigetragen, dass China seinen Marktanteil bei den Industrieexporten auf etwa das Niveau der USA, Deutschlands und Japans zusammengenommen ausgebaut hat. Die amerikanische Industrie ist in letzter Zeit auf den **tiefsten** Stand seit der Pandemie gefallen. Der Kreuzzug des Westens gegen die Kohlenstoffemissionen macht es wahrscheinlich, dass Arbeitsplätze, ob „grün“ oder nicht, nach China verlagert werden, das bereits mehr Treibhausgase ausstößt als der Rest der Welt mit hohem Einkommen. In der Zwischenzeit versucht die chinesische Führung, sich an den Klimawandel **anzupassen** anstatt das Wirtschaftswachstum zu untergraben, indem sie

unplausible Netto-Null-Ziele anstrebt.

Hier gibt es eindeutige Auswirkungen auf die Klassen. Die kalifornischen Regulierungsbehörden haben kürzlich zugegeben, dass die strengen Klimagesetze des Staates den Wohlhabenden helfen, aber den Armen schaden. Diese Gesetze haben auch unverhältnismäßige Auswirkungen auf Bürger, die einer ethnischen Minderheit angehören, und schaffen das, was die Anwältin [Jennifer Hernandez](#) als „grünes Jim Crow“ bezeichnet hat. Während Chinas immer raffinierteres technisches und industrielles Wachstum von amerikanischen Risikokapitalgebern und der Wall Street freudig finanziert wird, sinkt der Lebensstandard der westlichen Mittelschicht. Europa hat ein Jahrzehnt der Stagnation hinter sich, und die Lebenserwartung der Amerikaner ist kürzlich zum ersten Mal in Friedenszeiten gesunken. [Eric Heymann](#) von der Deutschen Bank schlägt vor, dass die einzige Möglichkeit, bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen, darin besteht, jegliches künftige Wachstum zu unterbinden, was katastrophale Auswirkungen auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse und der Mittelschicht haben könnte.

Statt der von den meisten erwarteten Aufwärtsmobilität steht ein Großteil der westlichen Arbeitnehmer nun vor der Aussicht, entweder von der Sozialhilfe zu leben oder zu Niedriglöhnen zu arbeiten. Heute erhält fast die Hälfte aller amerikanischen Arbeitnehmer [Niedriglöhne](#), und die Zukunft sieht noch schlechter aus. Fast [zwei Drittel](#) aller in den letzten Monaten neu geschaffenen Arbeitsplätze waren in schlecht bezahlten Dienstleistungsbranchen angesiedelt. Dies ist auch in Großbritannien der Fall. In den letzten Jahrzehnten sind viele Arbeitsplätze, die einst ganze Familien ernähren konnten, verschwunden. Einem [Bericht](#) aus UK zufolge bieten Selbstständigkeit und Gig-Work keinen Lebensunterhalt für einen halbwegs komfortablen Lebensstil. Armut und Nahrungsmittelknappheit sind bereits auf dem Vormarsch. Infolgedessen zweifeln die meisten Eltern in den USA und anderswo daran, dass es ihren Kindern besser gehen wird als ihrer Generation, während das Vertrauen in unsere Institutionen einen historischen Tiefstand erreicht hat.

Die [Märchenerzähler](#) von Zeitungen wie der New York Times haben sich selbst davon überzeugt, dass der Klimawandel die größte Bedrohung für den Wohlstand darstellt. Doch viele einfache Menschen machen sich viel mehr Sorgen über die unmittelbaren Auswirkungen der Klimapolitik als über die Aussicht auf einen mittel- oder langfristig überhitzten Planeten. Dieser Widerstand gegen die Netto-Null-Agenda wurde 2018 erstmals von der [Gilet-Jaunes-Bewegung](#) in Frankreich zum Ausdruck gebracht, deren wöchentliche Proteste sich zunächst an den Ökosteuern entzündeten. In den letzten Jahren folgten Proteste niederländischer und anderer europäischer [Landwirte](#), die sich über Beschränkungen für Düngemittel ärgern, die ihre Ernteerträge schmälern. Diese Proteste haben in einer Reihe von Ländern, insbesondere in Italien, Schweden und Frankreich, zu einem Anstieg des [Populismus](#), geführt. Sogar in Berlin, dem Land der Superlative, konnte ein Referendum über strengere

Emissionsziele kürzlich nicht genügend Wähler für sich gewinnen.

Dies ist ein Klassenkampf, der durch grüne Rhetorik verschleiert wird. Die Eliten der Finanzwelt, der Technologiebranche und der gemeinnützigen Organisationen stehen einer zahlreicheren, aber weniger gut vernetzten Gruppe von Normalbürgern gegenüber. Viele dieser Menschen verdienen ihren Lebensunterhalt mit der Produktion von Lebensmitteln und Grundbedürfnissen oder mit dem Transport dieser Dinge. Fabrikarbeiter, LKW-Fahrer und Landwirte, die alle von massiven grünen [Vorschriften](#) betroffen sind, haben ein ganz anderes Verständnis von Nachhaltigkeit als die städtischen Unternehmenseliten und ihre wachen Angestellten. Die französischen Gilets-Jaunes-Demonstranten haben es auf den Punkt gebracht: „Die Eliten sorgen sich um das Ende der Welt. Wir sorgen uns um das Ende des Monats“.

Diese Diskrepanz besteht laut dem vieljährigen demokratischen Analysten [Ruy Teixeira](#) auch in den Vereinigten Staaten. Versuche, fossile Brennstoffe abzuschaffen, mögen die Menschen in San Francisco begeistern, werden aber in Bakersfield, dem Zentrum der kalifornischen Ölindustrie, und in Texas, wo bis zu einer Million gut bezahlter Arbeitsplätze verloren gehen könnten, ganz anders gesehen. Einem [Bericht](#) der Handelskammer zufolge würde ein vollständiges nationales Verbot von Fracking, das von den Grünen weitgehend unterstützt wird, insgesamt 14 Millionen Arbeitsplätze kosten – weit mehr als die acht Millionen Arbeitsplätze, die in der großen Rezession von 2007-09 verloren gingen.

Kein Wunder also, dass die Arbeiter von der grünen Agenda nicht so begeistert sind. Laut einer neuen [Monmouth-Umfrage](#) betrachtet nur ein Prozent das Klima als ihre Hauptsorge. Eine neue [Gallup-Umfrage](#) zeigt, dass nur zwei Prozent der Befragten aus der Arbeiterklasse angeben, dass sie derzeit ein Elektrofahrzeug besitzen, und nur neun Prozent sagen, dass sie den Kauf eines solchen Fahrzeugs „ernsthaft in Erwägung ziehen“.

Diese westlichen Bedenken sind nichts im Vergleich dazu, wie sich die Nachhaltigkeits-Agenda auf die Entwicklungsländer auswirken könnte. In den Entwicklungsländern leben etwa 3,5 Milliarden Menschen, die keinen zuverlässigen Zugang zu Strom haben. Sie sind weitaus anfälliger für hohe Energie- und Lebensmittelpreise als wir selbst. In Ländern wie Subsahara-Afrika untergraben grüne Ermahnungen gegen neue Agrartechnologien, fossile Brennstoffe und Kernkraft jede Hoffnung auf die Schaffung von dringend benötigtem neuen Wohlstand und Arbeitsplätzen. Kein Wunder, dass diese Länder den Westen zunehmend ignorieren und stattdessen nach China blicken, das die Entwicklungsländer beim Bau neuer fossiler Brennstoffe sowie von Wasser- und Kernkraftwerken unterstützt. All dies ist vielen westlichen Grünen ein Dorn im Auge. Erschwerend kommt hinzu, dass die EU bereits über Kohlenstoffsteuern auf Importe nachdenkt, die die Entwicklungsländer von dem, was von den globalen Märkten noch übrig ist, abschneiden könnten.

Noch kritischer könnten sich die Auswirkungen des Nachhaltigkeitsmantras auf die Nahrungsmittelproduktion auswirken, insbesondere für die afrikanischen Länder südlich der Sahara, auf die nach **Projektionen** der Vereinten Nationen in den nächsten drei Jahrzehnten der größte Teil des weltweiten Bevölkerungswachstums entfallen wird. Diese Länder brauchen mehr Nahrungsmittelproduktion, entweder im eigenen Land oder aus reichen Ländern wie den USA, den Niederlanden, Kanada, Australien und Frankreich. Und sie wissen sehr genau, was geschah, als Sri Lanka die Nachhaltigkeitsagenda **annahm**. Dies führte zum Zusammenbruch des Agrarsektors in Sri Lanka und schließlich zum gewaltsamen Umsturz der Regierung.

Wir müssen die Nachhaltigkeitsagenda neu überdenken. Der Schutz der Umwelt darf nicht auf Kosten von Arbeitsplätzen und Wachstum gehen. Wir sollten auch die Entwicklungsländer dabei unterstützen, eine wohlhabendere Zukunft zu erreichen. Das bedeutet, dass wir praktikable Technologien – Gas, Kernkraft, Wasserkraft – finanzieren müssen, die die für die wirtschaftliche Entwicklung so wichtige zuverlässige Energie liefern können. Es nützt nichts, ein Programm vorzuschlagen, das die Armen weiterhin verarmen lässt.

Wenn die Bedenken der Menschen gegenüber der grünen Agenda nicht aufgegriffen werden, werden sie mit ziemlicher Sicherheit versuchen, die besten Pläne unserer vermeintlich aufgeklärten Eliten zu stören. Wie Protagoras schon sagte, sind die Menschen letztlich immer noch der Maßstab für das, was in der Welt geschieht – ob es den Eingeweihten nun gefällt oder nicht.

Joel Kotkin is a spiked columnist, the presidential fellow in urban futures at Chapman University and executive director of the Urban Reform Institute. His latest book, [The Coming of Neo-Feudalism](#), is out now.

Link:

https://www.spiked-online.com/2023/04/24/the-inhumanity-of-the-green-agenda/?mc_cid=12cc13de89&mc_eid=08ba9aldfb

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE